

- [Außenansicht](#)
- [Debatte](#)
- [Elite-Panel](#)

Seite 1 | 2

Außenansicht



Die Friedensmacht Deutschland muss aufrüsten

Kinder sind den Deutschen wichtig - die Große Koalition will mehr Geld für bessere Betreuung ausgeben. Unternehmer sind ebenfalls wichtig - gerade hat Schwarz-Rot deren Steuerbelastung gesenkt. Und Soldaten sind der Regierung - nicht so wichtig.

Der Bundeswehretat ist seit der deutschen Einheit sogar um drei Milliarden Euro gesunken, zusätzliche Mittel für das Militär gelten als wenig populär. Parolen wie "Bildung statt Bomben" finden nicht nur bei Linken, sondern auch in der politischen Mitte Gehör. Dabei wäre angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht nur ein öffentlicher Diskurs über künftige Aufgaben und Ziele der Bundeswehr nötig. Vielmehr braucht sie auch mehr Geld. Oder sollte die "Friedensmacht Deutschland" auf seine Armee besser gleich verzichten?

Nein. Ein Staat, der politisch in der Allianz der Großen mithalten will, muss auch außenpolitisch strategie- und bündnisfähig sein. Und dazu gehört eine einsatzfähige Armee. Deutschlands Position als neue europäische Mittelmacht ist insofern äußerst prekär - da sie bisher fast ausschließlich auf der wirtschaftlichen Leistungskraft beruht. Sicherheitspolitisch sind wir eher ein Entwicklungsland.

Nur 1,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes investiert Deutschland in die Bundeswehr. Kaum ein anderer EU- oder Nato-Staat gibt für das Gut Sicherheit so wenig aus. Gemessen an den Aufwendungen Großbritanniens und Frankreichs müsste der Verteidigungshaushalt um mehr als zwölf Milliarden auf 40 Milliarden Euro jährlich angehoben werden. Selbst die Nachbarn im Norden wenden - bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt - 40 bis 50 Prozent mehr auf, die neuen Europäer im Osten sogar über 50 Prozent mehr. Kein Wunder, dass sich die Bundeswehr an der Grenze ihrer Möglichkeiten sieht. Im Planungspapier für 2008 fordert der Generalinspekteur daher deutlich mehr Geld. Nur dann könne die Einsatzfähigkeit der Armee erhalten bleiben.

Der erhebliche Rückgang der Haushaltsmittel bedeutet einen immensen Investitionsstau, eine Überalterung des Materials und einen massiven Abbau der Rüstungsindustrie. Von ehemals 1000 Unternehmen, die sich mit Wehrtechnik befassen, gibt es heute gerade noch 200. Ein Blick auf den Verteidigungshaushalt 2006 veranschaulicht die Misere: Fast 60 Prozent des Etats beanspruchen Gehälter und Ausgaben für Versorgungsleistungen. An die 20 Prozent

wird für den laufenden Betrieb der Bundeswehr aufgewendet. Für Ausstattung und Modernisierung stehen damit nur noch 21 Prozent zur Verfügung - und selbst davon wird nur ein Teil für Beschaffung investiert. Bis in die späten 90er-Jahre postulierten alle deutschen Regierungen eine jährliche Investitionsquote von 30 Prozent als notwendiges Ziel. Es wurde nie erreicht. Die jetzige militärische Führung hat die Hoffnung darauf still und heimlich begraben.

Die Bundeswehr stirbt - durch "Gesund schrumpfen". Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Eckard von Klaeden hat den Notstand auf den Punkt gebracht: "Mit diesem Haushalt würden wir heute nicht mehr Mitglied in der Nato werden können."

Die anhaltende Unterfinanzierung hat auch bedenkliche Folgen für die Motivation der Soldaten. Nach einer aktuellen Umfrage des Bundeswehrverbandes fühlen sich 98 Prozent der Berufssoldaten von der Politik im Stich gelassen. Mehr als 70 Prozent würden ihnen nahe stehenden Personen, zum Beispiel ihren Kindern, den Dienst in den Streitkräften nicht empfehlen. Dass die Leistungsträger mehrheitlich negative Multiplikatoren sind, wäre in einem Unternehmen kaum denkbar.

Die Friedensmacht Deutschland muss aufrüsten

Selbst wenn die Konsolidierungszwänge im Bundeshaushalt eine Aufstockung der Mittel vorläufig erschweren, so wäre ein erster Schritt zu einer moderneren Armee trotzdem möglich. Denn die Bundeswehr ist bisher sowohl über- als auch unterfinanziert. Verwaltung und Personal binden zu viele Mittel, die Ausrüstung kommt zu kurz. Im internationalen Vergleich der Aufwendungen für die Ausrüstung pro Soldat ist Deutschland Schlusslicht. Das ließe sich mit einer Berufsarmee ändern. Sie wäre für den Steuerzahler günstiger als die überkommene "Bürgerarmee". Außerdem wäre sie wirkungsvoller. Der "Staat im Staate" würde auf seine Kernaufgabe ausgerichtet, für die Wehrpflichtige nur eingeschränkt geeignet sind: Hauptschwerpunkt wird in Zukunft der Einsatz von Spezialeinheiten im Ausland sein.

Die Staatengemeinschaft erwartet, dass Deutschland sich an der Produktion des kollektiven Gutes Frieden aktiver als bisher beteiligt. Seine Rolle als bloßer Geldgeber und Trittbrettfahrer wird nicht mehr akzeptiert. Auch wenn künftig mehr Europa bei Verteidigung und Rüstungswirtschaft vonnöten ist: Deutschlands Führungskraft ist nach 60 Jahren außenpolitischer Abstinenz gefragt. Wer eine solche Übernahme von Verantwortung als "Militarisierung der Außenpolitik" kritisiert, setzt entweder auf die bisherige Scheckbuchdiplomatie oder auf eine Vogel-Strauß-Politik. Beide Verhaltensweisen verzichten darauf, eigene Vorstellungen in die internationale Politik einzubringen und zementieren die Abhängigkeit von jenen Ländern, die auch auf militärische Mittel setzen. Die Vorbehalte der Bevölkerung erschweren allerdings ein rasches Umsteuern der Politik. Das Interesse der Deutschen gegenüber "ihrer" Armee ist von "freundlichem Desinteresse" geprägt, sagt Bundespräsident Horst Köhler. Zugespitzt lässt sich sagen: Die Deutschen unterstützen die Bundeswehr, wenn sie zu Hause bleibt. Dieses Desinteresse ist gefährlich. Steht Deutschland womöglich sogar vor einer neuen Epoche des Isolationismus?

Nach dem tödlichen Anschlag auf Bundeswehrsoldaten in Afghanistan lehnt eine Mehrheit der Bevölkerung weitere Militäreinsätze im Ausland ab. Ein außen- und sicherheitspolitischer Wettbewerb der Ideen fehlt in Deutschland. Die Auseinandersetzung über globale Aufgaben

und nationale Interessen muss in die gesamte Gesellschaft eingebettet werden. Die Diskussion darüber darf nicht nur in den Medien stattfinden, sondern sollte selbst Schulen erreichen. Die Politik muss noch deutlicher machen und begründen, welchen Zwecken die Missionen der Bundeswehr dienen.

Als technisches Hilfswerk wird die Bundeswehr ihre neue Rolle nicht wahrnehmen können. Als bloße Wirtschaftsmacht wird die Bundesrepublik politisch nicht bestehen können. Ob es den Deutschen passt oder nicht: Sie werden als vollwertige Partner gefordert. Jede Zurückhaltung wird man ihnen als Flucht vor der Verantwortung auslegen. Zu Recht.

von Daniel Dettling

capital.de, 08.06.2007

© 2007 capital.de